



Positiv- Szenario 2025-2040

Europas Rolle für den Frieden in der Welt

- *Wie schaffen wir eine nachhaltige Friedensordnung, die unterschiedliche Sicherheitsinteressen berücksichtigt?*
- *Wie kann Europa zur Überwindung des imperialen Dominanzstrebens von Russland, China und der USA beitragen?*
- *Was kann Europa zur Ermöglichung weltweiter Abrüstung beitragen?*
- *Europas möglicher Beitrag zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen*

Einleitung

1. Wie schafft Europa eine Russland einschließende europäische Konflikt- und Friedensordnung?

- *Von Russland ausgehende (militärische) Bedrohungen*
- *Überzogene Bedrohungsszenarien*
- *Militärische Überlegenheit der NATO*
- *Gegenseitige Bedrohungswahrnehmungen anerkennen und überwinden*
- *Gemeinsame europäische Sicherheit mit Russland*

2. Wie kann Europa zur Überwindung des imperialen Dominanzstrebens von Russland, China und der USA beitragen?

- *Das Gewaltverbot der UN-Charta wirklich durchsetzen*
- *Multilateralität als Herausforderung und Chance*
- *Europas Aufgabe: Politische Lösungen vermitteln*
- *Die Wahrnehmung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten für friedliche Konfliktlösungen*

Positiv-Szenario bis 2040:

3. Die Staaten zwischen der NATO und Russland werden neutral gesichert

- *Das tödliche Dilemma der Staaten zwischen der NATO und Russland*
- *Eine UN-gesicherte Neutralitätszone*
- *Deutschlands und Europas Rolle: Gesicherte Friedensperspektive eröffnen*

4. Transatlantische Beziehungen auf Augenhöhe

- *Gemeinsame Werte und Interessen mit den USA*
- *Unterschiedliche Werte und Interessen*
- *Das Ziel Europäischer Souveränität*

5. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen und Mittleren Osten / Westasien

- *Das Trauma der Gewalt im Nahen Osten durch ein klares Votum von außen überwinden helfen*

- *Verhandlungen mit dem Ziel einer nachhaltigen Sicherheitspartnerschaft aller Staaten der Region*

6. Europas Beiträge ermöglichen eine versöhnte Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten

- *Erbe Sklaverei und Kolonialismus*
- *Neokolonialismus verhindert nicht mehr die Emanzipation Afrikas*
- *Warum Afrika sich China zuwendet*
- *Gegenseitiges Verständnis ermöglicht eine zukunftsfähige Partnerschaft*

7. Europa kooperiert fair und menschenrechtskritisch mit China

- *„Systemischer Rivale“ ?*
- *Strategische Kooperationspartnerschaft für die UN-Entwicklungsziele*

8. BRICS-Staaten werden Europas Partner

- *BRICS-Staaten fühlen sich von Europa und den USA bevormundet*
- *Mit den BRICS-Staaten eine neue weltweite Verständigung aushandeln*

9. Die fünf Säulen Ziviler Europäischer Geopolitik

- *Umfassende Ökologische Sicherheit*
- *Gerechte Nutzung der weltweiten Ressourcen*
- *Gemeinsame Sicherheit und Frieden durch inklusive Sicherheitsstrukturen*
- *Freiheit, Menschenrechte und Demokratie*
- *Weltweite gegenseitig kontrollierte militärische Abrüstung*

10. Szenario-Meilensteine europäischen Friedensstiftens bis 2040

- *Friedensverhandlungen in der Ukraine (2026)*
- *Europäische Friedens- und Konfliktordnung (2028)*
- *Neue UN-Charta (2030)*
- *Weltweite menschliche Sicherheit (2035)*
- *Weltweite Friedensdividende (2040)*

Weiterführende Anmerkungen



Einleitung

Eine Welt jenseits von Kriegen, Klimakatastrophe, Migrationskrise und internationalen Konfrontationen ist möglich!

Wir können uns bewusst dafür entscheiden – und die uns oft angebotenen Horrorszenarien dankend ablehnen.

- Unter dem Eindruck weltweit zunehmender Gewalt und Unordnung, ständiger Kriege und sich verschärfender Klimakrise haben viele die Hoffnung auf eine friedliche Welt schon fast aufgegeben¹.
- Zu stark scheinen die destruktiven Kräfte und der Rückfall in eine gewaltvolle Mentalität internationaler Blockbildung und Kriegsführung: „Das Bewusstsein der politischen Eliten im Westen lässt sich mehr und mehr von der Logik des Krieges vereinnahmen.“ (Jürgen Habermas)²
- Dabei ist ein gewaltvermindernder Übergang von der bisherigen globalen westlichen Dominanz zu einer kooperativen multilateralen Weltordnung möglich, wenn wir zunächst in Westeuropa selbstkritisch auch unseren eigenen Beitrag zu den aktuellen gewaltvollen Entwicklungen reflektieren:
- Wie schaffen wir - zunächst in Europa - eine nachhaltige Friedensordnung, die unterschiedliche Sicherheitsinteressen berücksichtigt? Wie kann Europa zur Überwindung des imperialen Dominanzstrebens von Russland, China und den USA beitragen? Was kann Europa beitragen zur Ermöglichung weltweiter Abrüstung? Wofür stehen wir (ein)? Es braucht eine klare Zielsetzung und Haltung als Beitrag zur Sicherung der weltweiten natürlichen Lebensgrundlagen innerhalb der Planetaren Grenzen³.
- Dieses Positiv-Szenario regt an, unser Leben in (eine neue) Ordnung zu bringen. Es zeigt auf, wie der 2022 beschlossene „Strategische Kompass“ der EU⁴ weiter entwickelt werden kann zu einer friedensstiftenden zivilen geopolitischen Rolle Europas, die Großbritannien und alle europäischen Länder inklusive Russland mit einbezieht und insofern weit über die EU hinausgeht.⁵

Das Positiv-Szenario zeigt auf, wie bis 2040 die aktuell noch wesentlich militärisch bestimmte Sicherheitspolitik durch eine Zivile Geostrategie der EU überwunden werden kann.

- Es baut sowohl auf unserem 2018 veröffentlichten, der Friedenslogik folgendem Szenario „Sicherheit neu denken“ als auch auf den danach veröffentlichten Impulspapieren unserer Initiative auf (zuletzt Nr. 4 „Sicherheits-Strategien neu denken. Gewalt stoppen und überwinden! In Israel und Palästina. In der Ukraine. Global“).⁶
- Die Idee neutraler Staaten mit internationalen Sicherheitsgarantien basiert auf einem Vorschlag des ukrainischen Außenministers Kuleba während der Friedensverhandlungen im März/April 2022.⁷
- Die Kapitel 3 bis 8 zeigen die Zielbilder 2040, geordnet nach Weltregionen - auch um den Eurozentrismus je spezifisch zu überwinden.⁸ So stammt der Entwurf des Afrika-Kapitels bereits aus der Feder unserer afrikanischen Partner/in Marie-Noelle Koyara und Sylvain Koffi. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- Das Szenario wurde von Ralf Becker (Initiative Sicherheit neu denken) und Gerd Bauz (Niemöller-Bonhoeffer-Stiftung) mit Zuarbeit von Andreas Zumach entworfen und in breiten Feedbackprozessen auch unter Beteiligung europäischer Partnerorganisationen weiterentwickelt.
- Der Komplexität der Wirklichkeit stellen wir Thesen auf je einer DIN-A4-Seite gegenüber, die die Debatte anregen mögen. Weitere Ausführungen zum jeweiligen Thema finden Sie unter den angegebenen Ziffern am Ende des Szenarios.
- Unsere Thesen verstehen sich als Einladung zum Dialog – wir erbitten ausdrücklich Ihre Resonanz und Ihr Feedback.

Laden Sie uns ein zum gemeinsamen Austausch – Ihre Rückmeldung bereichert unsere nächsten Impulspapiere.



1. Wie schafft Europa eine Russland einschließende europäische Konflikt- und Friedensordnung?

1.1 Von Russland ausgehende (militärische) Bedrohungen

- Russland hat 2014 die Krim völkerrechtswidrig annektiert und 2022 die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen – und war und ist dort eine real kriegsverbrecherische Bedrohung. Russland verfolgt in der Ukraine eine imperiale Politik mit den Zielen des Besitzes der Krim, der Eroberung der vier Regionen im Donbas und der Nicht-Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO.⁹
- Die Lage der baltischen NATO-Staaten zwischen zwei Staatsgebieten Russlands ist militärisch sehr vulnerabel, ebenso die Lage der zwischen der NATO und Russland gelegenen Staaten.
- Durch sein kriegerisches Handeln ist Russland – wie wir selbst mit unserem Lebens- und Wirtschaftsstil – auch an der Gefährdung der globalen UN-Ziele für weltweite nachhaltige Entwicklung und der Weltklimaziele beteiligt. Zudem gehen Destabilisierungen im Cyberraum gegen demokratische Staaten von Russland aus.¹⁰

1.2 Überzogene Bedrohungsszenarien

- Die konventionellen militärischen Fähigkeiten Russlands werden weit überschätzt, wie die bescheidenen militärischen Erfolge Russlands in der Ukraine zeigen.
- Russland kann vernünftigerweise aufgrund der weitaus überlegenen Militärkapazitäten der NATO - selbst nur der europäischen NATO-Staaten - keinen NATO-Mitgliedsstaat angreifen. Die baltischen Staaten sind durch die Beistandspflicht in der NATO glaubwürdig gesichert.
- Gängige Aussagen wie Russland bedrohe die baltischen Staaten, Polen, andere osteuropäische NATO-Staaten und schließlich auch Deutschland, halten einer Überprüfung nicht stand.

1.3 Militärische Überlegenheit der NATO

- Bei den konventionellen militärischen Kapazitäten ist die NATO ebenso mehrfach überlegen¹¹ wie bei den Militärausgaben¹²: NATO 1.341 Mrd. \$, Russland 109 Mrd. \$.
- Selbst ohne die USA und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft bleibt das deutliche Übergewicht zugunsten der NATO bestehen (NATO-Europa 430 Mrd. \$, Russland 300 Mrd. \$).¹³

1.4 Gegenseitige Bedrohungswahrnehmungen anerkennen und überwinden

Russland sieht sich durch die Raketenstationierungen der NATO in seiner unmittelbaren Nähe ebenso bedroht wie der Westen sich durch Raketenstationierungen Russlands. Rüstungskontrolle und Dialogprojekte können gegenseitige Bedrohungswahrnehmungen anerkennen und überwinden.¹⁴

- Russland sollte durch Verhandlungsangebote überzeugt werden, seine Androhung und Ausübung von Gewalt zu beenden. Ein starker Anreiz für Russland wären die Angebote einer UN-gesicherten Neutralitätszone für die Staaten zwischen Russland und der NATO¹⁵ sowie einer erneuten weitergehenden Zusammenarbeit.

1.5 Gemeinsame europäische Sicherheit mit Russland

- Von der NATO könnte ein klares Signal zur Beendigung des Krieges in der Ukraine ausgehen – durch das Angebot schrittweiser, gemeinsam kontrollierter Reduzierung der gegenseitigen Bedrohungspotentiale.
- Russlands imperiale Ansprüche sind auch Reaktion auf die fortbestehenden hegemonialen Ansprüche der USA. Es gilt, die weltweite Inter-Imperialität zu überwinden.



2. Wie kann Europa zur Überwindung des imperialen Dominanzstrebens von Russland, China und der USA beitragen?

2.1 Das Gewaltverbot der UN-Charta wirklich durchsetzen

- Das seit 1945 in Art 2. der UN-Charta festgeschriebene Verbot des Gebrauchs und der Androhung militärischer Gewalt gegen andere Staaten ist geschichtlich ein bedeutender Fortschritt.¹⁶
- Doch insbesondere mächtige Staaten wie die USA, Russland und China setzen im Zweifel weiterhin Gewalt und Gewalt-Drohungen zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen ein,¹⁷ regelmäßig ohne oder gar gegen Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats sowie ohne Anerkennung der internationalen Gerichte (*IGH/ISGH*).
- Um die enormen weltweiten Herausforderungen wie die Klimakrise zu bewältigen, benötigen wir dringend die tatsächliche Überwindung von Gewalt und Gewaltandrohung sowie ungerechter Handelsbeziehungen im Sinne des UN-Zukunftspakts.¹⁸

2.2 Multilateralität als Herausforderung und Chance

- Die geopolitische Dominanz der USA und ihrer Verbündeten endet. Sie führt zur ‚Entwestlichung‘ der internationalen Machtverhältnisse. Das ist die eigentliche Zeitenwende. Es entsteht eine Pluralität von geopolitischen Machtzentren.
- „Die USA sind [gleichwohl] nicht bereit, ihre Vorherrschaft aufzugeben. Zur Durchsetzung ihres Hegemonialanspruchs gegenüber China und Russland greifen die USA in erster Linie auf den Einsatz ihrer militärischen, technologischen und wirtschaftlichen Machtinstrumente zurück.“¹⁹
- Ein starker Hegemon gewährleistet zwar eine gewisse internationale Ordnung, jedoch auf Kosten anderer Staaten sowie des Planeten und zukünftiger Generationen insgesamt.

- Russlands und Chinas imperiales Agieren folgt der Logik imperialen Agierens der USA²⁰. Der Stärkste bestimmt die Regeln, auch wenn sich die USA andere Länder nicht einverleiben, sondern sie nur verwüsten. *Die USA betreiben weltweit ca. 800 Auslands-Militärbasen²¹, die America-First-Politik der USA wendet sich explizit gegen multilaterale Regeln auf der Grundlage des Völkerrechts.²²*

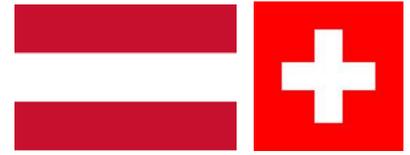
2.3 Europas Aufgabe: Politische Lösungen vermitteln

- Europa sollte zunächst seine immer noch bestehenden Privilegien in internationalen Institutionen, Strukturen und Beziehungen aufgeben (*IWF, WTO, Weltbank, imperiale Lebensweise, Frankreichs weiter neokoloniale Einflussnahme in Afrika²³ etc.*).
- Die Welt benötigt dringend die Einhegung und letztlich Überwindung hegemonialer und imperialer Geopolitik²⁴ sowohl der USA, Russlands wie auch Chinas.²⁵
- Europa ist aufgrund seiner einzigartigen Beziehungen in der Lage und in der Pflicht, gemeinsam mit dem Globalen Süden sowohl die USA, Russland als auch China zur Abkehr von ihrer gewaltvollen Politik zu bewegen – und zwischen ihnen gewaltfreie politische Lösungen sowie gegenseitig kontrollierte militärische Abrüstung zu vermitteln.²⁶

2.4 Die Wahrnehmung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten für friedliche Konfliktlösung

- „Die Kommunikationsmuster der Drohung und Beschuldigung müssen abgelöst werden durch kooperative Muster des Verstehens und Erklärens.“²⁷
- Wesentlich zur einvernehmlichen Konfliktlösung ist die Befriedigung der (Sicherheits-) Bedürfnisse aller Konfliktbeteiligten, wie wir sie innergesellschaftlich bereits praktizieren.²⁸

Positiv-Szenario bis 2040



3. Die Staaten zwischen der NATO und Russland werden neutral gesichert

3.1 Das tödliche Dilemma der Staaten zwischen der NATO und Russland

- Im Fall der Ukraine war nicht ihr neutraler Status ein Motiv für Russlands Invasion, sondern ihre Absicht, einem aus russischer Sicht feindlichem Bündnis beizutreten²⁹.
- Wie im Brennglas zeigt der Ukraine-Krieg die verfahrenere Situation in Osteuropa. Auf der einen Seite kann die NATO die Ukraine nicht wirklich verteidigen, weil sie nicht selbst Kriegspartei werden will. Auf der anderen Seite bietet sie der Ukraine nicht an, mit materiellen Sicherheitsgarantien³⁰ in neutraler Souveränität zu leben.
- Dies würde eine Verständigung mit Russland voraussetzen über die Dislozierung³¹ von Waffensystemen und über - auch militärische - Sicherheitsgarantien, evtl. mit Einbeziehung anderer Staaten und der UNO.
- Doch die NATO hält gemeinsam mit der Regierung der Ukraine am Ziel einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine fest, ein Ziel, das eine friedliche Lösung des aktuellen Kriegs und damit eine nachhaltige Sicherheitsperspektive für die Ukraine und Europa wesentlich behindert.³²
- In gleicher Weise gilt dies für die anderen noch neutralen osteuropäischen Staaten, die sich im Dazwischen gezwungen sehen, sich zu entscheiden: Russland oder NATO. Werden auch Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbeidschan in militärisch-existentielle Dilemmata gezwungen?

3.2 Eine UN-gesicherte Neutralitätszone

- Stattdessen könnte mit diesen Staaten ein befriedeter, neutraler, durch Rüstungsbegrenzungen und internationale UN-Sicherheitsgarantien (*auch UN-Schutztruppen, so*

die Staaten es möchten) gesicherter Raum entstehen³³ – dessen Beispiel weltweit Schule machen würde. Das Gebiet wäre der wechselseitigen Imperialität entzogen.

- Dies hätte eine immens positive Auswirkung in Form einer gemeinsam mit Russland gestalteten dauerhaften Sicherheitsordnung in Gesamt-Europa bis zum Ural.
- Die Befangenheit im militärischen Denken der aktuellen europäischen Regierungen verhindert bisher noch eine Debatte solcher Perspektiven³⁴. Obwohl so der Verhandlungs-Rahmen entstünde, der der leidenden Ukraine zunächst mit einem Waffenstillstand zu gesicherter Souveränität verhelfen könnte – zunächst für ihren westlichen Teil, perspektivisch als Ergebnis von Friedensverhandlungen mit Russland auch mit der Möglichkeit einer mit weitgehenden Autonomierechten integrierten Ostukraine.

3.3 Deutschland und Europa eröffnen eine gesicherte Friedensperspektive

- Die NATO kann und sollte – zusammen mit Russland - solche Perspektiven eröffnen³⁵. Deutschland und Europa sollten mit ihrem hohen finanziellen und ideellen Engagement in der Ukraine auf verschiedenen Kanälen eine solche gesicherte Neutralität der Ukraine als Friedensperspektive für alle zwischen der NATO und Russland gelegenen osteuropäischen Staaten aktiv ins Gespräch bringen.
- Nicht zuletzt liegt ein solcher Friedens-Kurs im ureigensten Interesse unseres Landes und Europas, um die Kriegslasten zu reduzieren und eine künftige verdoppelte Rüstungslast zu vermeiden; ganz abgesehen von den Eskalationsgefahren und den negativen Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften insgesamt.³⁶



4. Transatlantische Beziehungen auf Augenhöhe

4.1 Gemeinsame Werte und Interessen mit den USA

- Europa verdankt den USA viel, u.a. deren Beitrag zur Befreiung von der NS-Diktatur, aber auch als Vorreiter liberaler Demokratie und technologischer Entwicklung.
- Europa und die USA teilen viele gemeinsame Werte. Gegenüber Diktaturen vertreten Europa wie die USA weltweit den Wert freiheitlicher Menschenrechte. Die USA und Europa sind die größten Beitragszahler für die Institutionen der UNO.
- Sie teilen aber auch die zunehmende Gefährdung unserer liberalen Demokratien durch wachsende innergesellschaftliche Polarisierungen.
- Andere gemeinsame Interessen sind hochproblematisch, so die Dominanz wirtschaftlicher Institutionen, die Europa und den USA bisher einen beispiellosen wirtschaftlichen Wohlstand auf Kosten von Drittstaaten im Globalen Süden ermöglicht.

4.2 Unterschiedliche Werte und Interessen

- Die USA betreiben weltweit eine militärische Dominanz- und Interventionspolitik zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen, die seit Jahrzehnten den Aufbau und die Durchsetzung einer tatsächlich regelbasierten internationalen Ordnung unterläuft.³⁷

Christoph Heusgen, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz

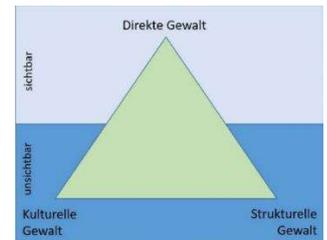
*"Die regelbasierte internationale Ordnung wird nur Bestand haben, wenn sich die USA dazu verpflichten. Die USA müssen die Einhaltung des Völkerrechts als Grundlage für alle ihre Handlungen definieren."*³⁸

- Die europäischen Staaten setzen sich glaubwürdiger als die USA für eine allen Interessen gerecht werdende internationale Ordnung ein, wie der MSC-Bericht 1/2024 zu westlichen Doppelstandards zeigt.³⁹

- Die Folgen der Kriege der USA im Irak, in Afghanistan und in Libyen⁴⁰ in Form der aus diesen Kriegen herrührenden enormen Migration und zunehmendem Terror gefährden die Sicherheit Europas.
- Auch wenn sich Großbritannien und Frankreich, aber auch Deutschland, an völkerrechtswidrigen Kriegen der USA beteiligt haben, so erkennen die europäischen Staaten doch trotzdem grundsätzlich den Internationalen Gerichtshof (IGH) und Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag an, während die USA dies nicht tun.
- Europa ist geographisch-militärisch ungleich verwundbarer als die zwischen zwei Ozeanen gelegenen USA.
- Auch hinsichtlich China verfolgen Europa und die USA zum Teil unterschiedliche Interessen. Europa sieht sich durch den hegemonialen Wettbewerb der beiden Staaten eher gefährdet als geschützt.

4.3 Das Ziel Europäischer Souveränität

- Die zentralen Interessen Europas an einer gewalt- und migrationsminimierenden internationalen Ordnung, an Frieden sowie der Bewältigung der Klimakrise lassen sich nur durch eine weltpolitische Emanzipation Europas von den USA erreichen.
- Europa sollte weltpolitisch souveräner auftreten und seine Partnerschaft mit den USA differenzierter gestalten.⁴¹ Europa muss völkerrechtswidriges Verhalten der USA auch öffentlich klar kritisieren und darf sich nicht weiter daran beteiligen.
- Europa sollte strategisch sehr viel stärker in die Instrumente ziviler Krisenprävention, ziviler Krisenintervention und Friedensförderung sowie in inklusive Sicherheitssysteme wie die OSZE, die UNO und in die Anerkennung internationaler Gerichte und internationaler Polizei investieren als in militärische Sicherheitspolitik.



5. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen und Mittleren Osten / Westasien ⁴²

5.1 Das Trauma der Gewalt im Nahen Osten durch ein klares Votum von außen überwinden helfen

- Die Konfliktlage in Westasien (= im Nahen und Mittleren Osten) ist äußerst komplex und herausfordernd.
- Die mit den Traumata der Shoah und der Nakba⁴³ verbundene Spirale der Gewalt zwischen Israel und Palästina lässt sich nur noch durch klare Voten von außen für eine nachhaltig gewaltfreie Konfliktbewältigung durch die Konfliktparteigenen in der Region überwinden.⁴⁴
- Europa sollte diese Herausforderung annehmen und seine Politik konsequent und eindeutig am Ziel nachhaltiger Gewaltüberwindung sowie dauerhaften Friedens und Wohlstands in der Region ausrichten.
- Deutschland und Europa sind mit den Traumata im Nahen Osten unmittelbar verbunden. Europa wird seiner historischen Verantwortung vor allem gerecht, wenn es gegenüber allen Beteiligten klar und eindeutig für das Stoppen und die Überwindung der Gewalt eintritt.

5.2 Verhandlungen mit dem Ziel einer nachhaltigen Sicherheitspartnerschaft aller Staaten der Region

- Der Versuch Israels, dauerhaft Sicherheit mittels militärischer Überlegenheit und Dominanz zu gewährleisten, scheitert in regelmäßigen Abständen.⁴⁵
- Die Spirale der Gewalt im Nahen Osten lässt sich nur mittels einer gemeinsamen regionalen Bekämpfung verbrecherischer Gewalttaten auch durch die arabischen Staaten überwinden.

- Ein nachhaltiges Engagement der arabischen Staaten und des Irans für die Sicherheit Israels ist nur möglich in Verbindung mit einer glaubwürdigen Perspektive für die Selbstbestimmung der Palästinenser*innen sowie durch das Wahrnehmen und die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse aller Staaten in der Region.
- Dazu bedarf es Verhandlungen und einen politischen Prozess mit dem Ziel eines gleichberechtigten Zusammenlebens der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung sowie der Staaten mit unterschiedlichen religiösen Ausrichtungen.⁴⁶
- Europa sollte seine Kraft daher für die Gründung einer **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO)** zur Aushandlung einer nachhaltigen Sicherheitspartnerschaft aller Staaten der Region nach dem Vorbild der KSZE 47 einsetzen. 2020 wurde die Idee einer KSZMNO u.a. von António Guterres im UN-Sicherheitsrat befürwortet.⁴⁸

Der Vertragsentwurf der Middle East Treaty Organization (METO)

Eine Koalition zivilgesellschaftlicher Aktivist*innen u.a. aus Israel und dem Iran promotet die Idee einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten.⁴⁹

Ein konkreter sich weiter entwickelnder Vertragsentwurf öffnet den Regierungen der Region ein Tor zu einem greifbaren und realistischen Weg zu regionaler Sicherheit und Frieden.⁵⁰



6. Europas Beiträge ermöglichen eine versöhnte Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten

6.1 Erbe Sklaverei und Kolonialismus

- Die Ungerechtigkeiten und die Gewalt, die aus dem Sklavenhandel und der Kolonialisierung resultieren, haben im heutigen Afrika verheerende Traumata hinterlassen, die seinen Aufschwung und seine Entwicklung hemmen. Ein komplexes Erbe von Schmerz, kultureller und sprachlicher Entfremdung und ethnischer Fragmentierung hat den afrikanischen Raum in einen Nährboden für Konflikte aller Art verwandelt.⁵¹
- Das Erbe der Sklaverei und der Kolonialisierung hat neben dem Zusammenbruch nachhaltiger politischer und wirtschaftlicher Systeme auch Traditionen, Sprachen, Glaubensvorstellungen und soziale Strukturen, die für afrikanische Gemeinschaften einzigartig waren, erodiert und in einigen Fällen ausgelöscht.

6.2 Neokolonialismus verhindert nicht mehr die Emanzipation Afrikas

- Europa überwindet bis zum Jahr 2040 das Phänomen der kolonialen Kontinuitäten, die die perversen Auswirkungen von Sklaverei und Kolonialisierung verlängern und die politische, sozioökonomische und diplomatische Emanzipation Afrikas behindern.⁵²

Warum Afrika sich China zuwendet (Tsafrir Cohen)

„Das vielleicht einzige Land, das in der Lage war, die Weltordnung des Kolonialismus auszuhebeln, war die Volksrepublik China. Sie hat mehrere Hundert Millionen Menschen aus der Armut geholt. Das ist eigentlich die größte Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte, die jede Entwicklungsarbeit aus dem Westen auf eine gewisse Weise lächerlich macht.“

Angesichts der Gleichzeitigkeit von Fortschritt, Autoritarismus und Brutalität des Modernisierungsprojekts gegenüber der eigenen Bevölkerung ist das natürlich extrem problematisch, aber China hat geschafft, was die afrikanischen Staaten nicht schaffen konnten, weil die Tiefe des Kolonialismus so enorm war, dass dort keine Kooperation oder Entwicklungszusammenarbeit etwas geändert hat. Deswegen geht der Blick Afrikas heute nach China.

Der Westen besitzt kaum Glaubwürdigkeit, weil er die eigene Gewaltgeschichte ausblendet und kein Angebot für große Teile der Welt hat, seine imperiale Lebensweise aber verteidigt. Eine Welt ohne Autoritarismus wird heute in der Reparatur der Geschichte errungen.⁵³

6.3 Gegenseitiges Verständnis ermöglicht eine zukunftsfähige Partnerschaft

- Europa erweitert den 2022 von der EU beschlossenen Strategischen Kompass⁵⁴ in einem langen Konsultationsprozess mit den afrikanischen Gesellschaften um ein tiefes Verständnis seiner gemeinsamen Geschichte mit Afrika.
- 2030 bittet Europa die afrikanischen Staaten um Entschuldigung für die durch Europa jahrhundertlang praktizierte Gewalt gegenüber den Afrikaner*innen und finanziert unter dem Dach der Afrikanischen Union (AU) einen Wiedergutmachungsfonds.
- Durch die aktive Unterstützung der von der AU formulierten Agenda 2063 „The Africa We Want“ wird diese Entschuldigung so glaubwürdig, dass die afrikanischen Staaten 2035 gemeinsam mit der EU eine versöhnte strategische Partnerschaft vereinbaren.⁵⁵



7. Europa kooperiert fair und menschenrechtskritisch mit China

7.1 „Systemischer Rivale“?

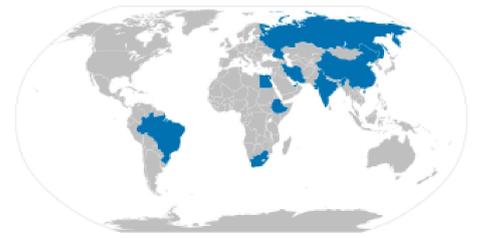
- „Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sieht in der neuen Rolle Chinas auch Potenziale, sofern China bei seinen Auslandsaktivitäten, zum Beispiel in Afrika, auch Fragen der Nachhaltigkeit und Schuldentragfähigkeit der Partnerländer berücksichtigt.“⁵⁶
- Anders blickt das deutsche Außenministerium auf China: „China ist für Deutschland und die EU zugleich Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale.“⁵⁷ Das chinesische Gesellschaftssystem ist deutlich anders als unseres. Eine Rivalität entsteht jedoch erst, wenn freiheitliche Demokratien oder China versuchen, anderen Ländern ihr jeweils eigenes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gewaltsam aufzuzwingen.
- China und die USA sind in dieser Hinsicht beide sehr sendungsbewusst und Überlegenheitsstolz. Das ist gefährlich, denn die USA sind (noch) der weltpolitische Hegemon, China traut man zu, es werden zu können und evtl. werden zu wollen.⁵⁸
- Im Interesse der Sicherheit aller Menschen und der nur gemeinsam lösbaren ökologischen und humanitären Aufgaben sollte Europa einen sich bereits anbahnenden Diadochenkampf⁵⁹ zwischen den USA und China durch Vermittlung verhindern.
- Nach Art. 2 der UN-Charta beruht das Völkerrecht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder⁶⁰. Außen- und militärpolitisch existiert eine konkurrierende Gegnerschaft zu China in erster Linie aus Sicht des Vormachtstrebens der USA, nicht aus Sicht Europas.

7.2 Strategische Kooperationspartnerschaft für die UN-Entwicklungsziele

- Es bedarf klarer Kritik gegenüber der chinesischen Staatsführung bezüglich ihrer innenpolitischen Menschenrechtsverletzungen

gen und außenpolitischen Drohungen im Bereich des Südchinesischen Meeres.

- Europa sollte sich China gegenüber nicht an einer Strategie der Eindämmung beteiligen, sondern mit China unter selbstbewusster Wahrung seiner freiheitlichen Gesellschaftsordnung eine umfassende strategische Kooperation zur Erreichung der 17 UN-Ziele für weltweite nachhaltige Entwicklung anstreben, wie sie bereits in der Klimapartnerschaft Deutschlands mit China grundgelegt ist.⁶¹
- Diese Kooperation muss sich auf allen Gebieten fair gestalten. Das funktioniert längst noch nicht, etwa im Patentschutz, bei Dumpingpreisen usw. Diesbezüglich sind selbstbewusste Verhandlungen und Absprachen nötig, ggfs. auch Abgrenzungsmaßnahmen.⁶²
- Europa sollte gleichzeitig alles vermeiden, was durch die Betonung einer sogenannten systemischen Rivalität entsteht: Gefährdung des freien Handels und der Investitionstätigkeit, Verschleuderung von Ressourcen in militärische Rüstung, Abbruch wissenschaftlichen Austausches, etc. sowie Kriegsgefahren.
- Europa sollte nicht der Illusion klassischer Geopolitik erliegen, die auf militärische Stärke setzt, sondern vielmehr seine militärische Sicherheit mit relativ geringem Aufwand sichern (*zu Russland und Osteuropa siehe dort*) und mit China und anderen BRICS-Staaten einen offenen Dialogprozess zu einem neuen, gemeinsamen Verständnis der UN-Charta sowie umfassender ziviler Kooperation und gemeinsamer Sicherheitspolitik führen.⁶³
- Chinas Global Security Initiative (GSI) formuliert dazu zwanzig mögliche inhaltliche Prioritäten als auch mögliche Plattformen und Mechanismen internationaler Sicherheits-Kooperation, die weit entfernt ist vom Versuch einer chinesischen Dominanz.⁶⁴



8. BRICS-Staaten werden Europas Partner

8.1 BRICS-Staaten fühlen sich von Europa und den USA bevormundet

- Gemeinsam drängen die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, Iran, Ägypten, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate), in denen mehr als 45 Prozent der Weltbevölkerung leben,⁶⁵ immer selbstbewusster auf gleichberechtigte internationale Beziehungen auf Augenhöhe.
- Die unterschiedlichen BRICS-Staaten eint vor allem das Bestreben, die Vormachtstellung der USA in der bestehenden Weltordnung zu beenden.⁶⁶
- Viele BRICS-Staaten sehen sich auch heute noch von Europa bevormundet. Beispielhaft formulierte dies der Präsident des BRICS-Beitrittskandidatenlandes Demokratische Republik Kongo, Felix Tshisekedi, 2023 gegenüber dem französischen Präsident Emmanuel Macron bei einer Pressekonferenz in Kinshasa:
*„Die Art und Weise, wie Frankreich und Europa mit uns umgehen. Sie müssen anfangen, uns zu respektieren und die Afrikaner auf eine andere Art und Weise zu sehen. Sie müssen aufhören, uns so zu behandeln und in einem bestimmten Ton mit uns zu sprechen. Als ob sie immer absolut Recht hätten und wir nicht.“*⁶⁷
- Die BRICS-Staaten kritisieren „das liberale Narrativ von Demokratie und Menschenrechten, das von westlichen Regierungen oftmals lehrmeisterhaft vorgetragen wird.“⁶⁸ Sie fordern ein größeres Mitspracherecht in internationalen Organisationen wie der UNO, dem IWF, der Weltbank und der WTO. Schon 2014 gründeten sie ihre eigene Entwicklungsbank als Gegengewicht zu Weltbank und IWF.⁶⁹

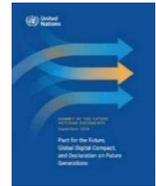
8.2 Mit den BRICS-Staaten eine neue weltweite Verständigung aushandeln

- Europa soll, natürlich unter konsequenter eigener Einhaltung des Völkerrechts, weltweit für seine Werte, für seine Auffassung von Demokratie und Menschenrechten, u.a. die Einhaltung der Internationalen Konvention zur Verhütung von Folter⁷⁰, werben. Und wir sollten mit den BRICS-Staaten einen offenen Dialogprozess zum gemeinsamen Verständnis der UN-Charta führen.⁷¹
- Das bisherige, westlich geprägte Verständnis der bestehenden Weltordnung wird von zahlreichen Staaten der Welt nicht geteilt und als von der westlichen Staatengemeinschaft unter kolonialen bzw. postkolonialen Bedingungen nicht frei ausgehandelt empfunden.
- Wenn Europa solch eine neue weltweite Verständigung vorantreibt, können international Regeln entstehen, wie Rivalitäten gewaltfrei ausgetragen und auch europäische Armeen perspektivisch durch eine gemeinsame Internationale Polizei abgelöst werden können.⁷²

Bundeskanzler Olaf Scholz

hat sich in diesem Sinne am 9.5.2023 bei seiner Rede im Europäischen Parlament gegen ein Bestreben ausgesprochen, die EU neben den USA und China als dritte Großmacht zu positionieren, und plädierte für einen Platz Europas *„nicht über oder unter anderen Ländern und Regionen, sondern auf Augenhöhe.“*⁷³

- Eine partnerschaftliche Beziehung Europas mit den BRICS-Staaten entspricht auch den im September 2024 beim Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen vereinbarten internationalen Regeln und Zielen.⁷⁴



9. Die fünf Säulen Ziviler Europäischer Geopolitik

9.1 Umfassende Ökologische Sicherheit

- Angesichts der weltweit existentiellen Klima- und Biodiversitätskrise definiert die Zivile Geopolitik ökologische Sicherheit als oberste Priorität.⁷⁵ Globale Abrüstung wird als Teil von Klimaschutz begriffen.⁷⁶
- Der Erreichung der diesbezüglich weltweit vereinbarten Ziele (Pariser Klimaziele von 2015⁷⁷, Biodiversitätsziele⁷⁸, UN-Zukunftspakt 2024⁷⁹ etc.) werden ihrer Bedeutung als Grundlage allen menschlichen und sonstigen Lebens wegen alle anderen Politikfelder untergeordnet.⁸⁰

9.2 Gerechte Nutzung der weltweiten Ressourcen

- Aus Verantwortung für eine weltweit gerechte Verteilung der verfügbaren Ressourcen praktiziert Europa einen maßvollen Lebensstil, begrenzt Luxuskonsum und geht mit Ressourcen und Energie sparsam um (Suffizienz).⁸¹ Das ermöglicht eine weltweit gerechte Teilhabe an der Nutzung der endlichen Ressourcen.
- Alle Menschen erhalten Transferzahlungen aus den globalen Einnahmen seltener Erden sowie anderer Rohstoffe, über deren Verteilung 2035 unter dem Dach der UN eine weltweite Übereinkunft erzielt werden kann.
- Entsprechend der Empfehlungen des Earth for All – Berichts des Club of Rome aus dem Jahr 2022 treffen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Europa mutige Entscheidungen und tätigen Investitionen, die den innereuropäischen wie globalen sozialen Zusammenhalt stärken, Vertrauen aufbauen sowie europaweit wie global Armut verringern. Europa gestaltet seine Ernährungs- und Energiesysteme nachhaltig um und etabliert ein Wirtschaftssystem, das das Wohlergehen aller auf einem begrenzten Planeten sichert.⁸² Die G20-

Staaten stellen eine effektive Besteuerung von Milliarden sicher.⁸³

- Entsprechend des UN-Zukunftspakts werden die WTO, der IWF und die Weltbank demokratisiert.⁸⁴
- Ein konsequenter Abbau klimaschädlicher Subventionen, progressive Finanzierungsbeiträge der Reichen als auch die Anpassung der Schuldenkriterien im Euro-Raum ermöglichen auch innerhalb Europas soziale Gerechtigkeit und wenden exorbitante zukünftige Schadens- und Anpassungskosten ab.

9.3 Gemeinsame Sicherheit und Frieden durch inklusive Sicherheitsstrukturen

- Nach dem Vorbild der inklusiven Europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur unterstützt Europa in allen Weltregionen den Ausbau und die Entwicklung inklusiver Friedens- und Sicherheitsstrukturen, wie sie u.a. der Bericht „Common Security in the Indo-Pacific Region“ der internationalen Common Security Initiative vom Oktober 2024 beschreibt.⁸⁵

9.4 Freiheit, Menschenrechte und Demokratie

- Durch die eigene konsequente Einhaltung des Völkerrechts sowie gewaltfreie und respektvolle Werbung für sein freiheitliches Demokratiemodell wirbt Europa glaubwürdig für die weltweite Einhaltung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte.⁸⁶

9.5 Weltweite gegenseitig kontrollierte militärische Abrüstung

- Bis 2040 ermöglichen Europas Beiträge umfangreiche internationale Abrüstungsschritte und einen globalen Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik.⁸⁷ Nationale Armeen weichen zunehmend internationaler Polizei.⁸⁸



10. Szenario-Meilensteine europäischen Friedensstiftens bis 2040

2025 Beginnender Dialog in Deutschland

- Die Zivilgesellschaft erreicht einen Dialog mit der neuen Bundesregierung zur Perspektive einer Zivilen EU-Geostrategie. Ein Waffenstillstand leitet das Ende des Ukraine-Kriegs ein.
- Bei der COP 30 in Brasilien wird vereinbart, dass ab 2028 alle Länder auch den von ihrem Militär verursachten CO₂-Ausstoß veröffentlichen und verringern.⁸⁹

2026 Friedensverhandlungen für die Ukraine

- Friedensverhandlungen beginnen im Geist der Schaffung einer nachhaltigen europäischen Konflikt- und Friedensordnung, die die Rechte der Ukraine bewahrt und die unterschiedlichen Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigt.
- Parallel nimmt die Lobbyarbeit für Zivile Sicherheit in den Niederlanden, in Österreich, Italien, der Schweiz, Großbritannien sowie in Zentral- und Westafrika⁹⁰ mit Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Lobbyverbands European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) in Brüssel⁹¹ Fahrt auf.

2027 EU-Beschluss + OSZE-Aktivierung

- Die friedensstiftende geopolitische Rolle Europas wird in der EU, in Großbritannien und weiteren europäischen Ländern inklusive Russland auf Regierungsebene diskutiert.
- Die Europäische Union beschließt in Abstimmung mit Großbritannien und weiteren europäischen Ländern eine friedensstiftende Geostrategie. Die OSZE wird wieder zum allseits anerkannten Forum der Schaffung einer nachhaltigen europäischen Konflikt- und Friedensordnung für alle 57 OSZE-Staaten.⁹²

2028 OSZE beschließt Europäische Friedens- und Konfliktordnung

- Die OSZE beschließt eine nachhaltige europäische Konflikt- und Friedensord-

nung, die unterschiedliche Sicherheitsinteressen berücksichtigt und entsprechend des Modells für die Ukraine eine UN-gesicherte Neutralitätszone für alle Staaten zwischen der NATO und Russland enthält.

- Die OSZE-Mitgliedsstaaten setzen sich im Rahmen der Umsetzung des UN-Zukunftspakts für eine gerechte Weltordnung ein, die eigenes sowie imperiales Dominanzstreben von Russland, China, den USA und anderen überwinden soll.

2029 Friedensschluss in der Ukraine

- Russland, die Ukraine und die sie jeweils unterstützenden Staaten unterschreiben ein weitreichendes Friedensabkommen.
- Auf Initiative der EU und der OSZE beginnen weitreichende UN-Abrüstungsverhandlungen.⁹³

2030 UN beschließen neue UN-Charta

- Nach geduldigen Verhandlungen beschließt die UN-Generalversammlung eine neue Weltordnung in Form einer weiterentwickelten UN-Charta.
- Europa bittet die afrikanischen Staaten um Entschuldigung für die jahrhundertlang praktizierte Gewalt und finanziert einen Wiedergutmachungsfonds.

2032 Beginn weltweiter Abrüstung

- Dank zahlreicher neuer Abrüstungsverträge beginnt weltweit regional kontrollierte militärische Abrüstung.

2035 Weltweite menschliche Sicherheit

- Weltweit fließen immer mehr Ressourcen aus bisheriger militärischer Verteidigung in Investitionen zur Gewährleistung menschlicher Sicherheit.

2040 Friedensdividende

- Für Europa und vielerorts weltweit ergibt sich eine Friedensdividende durch halbierte statt verdoppelte Militärausgaben.

Bildnachweis

- S. 4 www.inmedio.de/wp-content/uploads/russian_western_blind_spots.pdf
 S. 5 wikipedia.org/wiki/Datei:UN_emblem_blue.svg
 S. 6 wikipedia.org/wiki/Schweiz sowie <https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich>
 S. 7 <https://www.gettyimages.de/detail/foto/european-union-and-united-states-flags-on-display-lizenz-freies-bild/1282389180?adppopup=true>, gettyimages, E4C, Creative #:1282389180
 S. 8 Katarina Marej, https://www.frauenetzwerk-fuer-frieden.de/images/Aktuelles/Dokumentation_FNF_Abendsymposium_Vom_Frieden_her_denken_17.11.2017_final.pdf
 S. 9 au.int/
 S. 10 wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China
 S. 11 wikipedia.org/wiki/BRICS
 S. 12 un.org/en/summit-of-the-future
 S. 13 [Europäische Union](https://www.europa.eu/)

Weiterführende Anmerkungen

Einleitung

- 1 siehe den Artikel „Schleichende Militarisierung“ von Margot Käßmann vom 15.11.24, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/bundeswehr-2024/556398/schleichende-militarisierung/>
- 2 Jürgen Habermas, „Es musste etwas besser werden...“, Gespräche mit Stefan Müller-Doohm und Roman Yos, Berlin, 9.9.2024, Suhrkamp Verlag
- 3 siehe das Kapitel „Nationale und Planetare Grenzen achten“ in unserem SND-Impulspapier Nr. 4, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/353462/snd-impulspapier-nr.-4-sicherheits-strategien-neu-denken-20.11.2023.pdf> sowie Dirk Messner: Wohlstand in planetaren Grenzen, Dezember 2024, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/dezember/wohlstand-in-planetaren-grenzen>
- 4 siehe <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf>
- 5 Europa ist kein klar definierter Begriff. Lt. Wikipedia ist „Europa geographisch ein Subkontinent, der mit Asien zusammen den Kontinent Eurasien bildet. Der Begriff ‚Europa‘ bezieht sich ebenfalls auf historische, künstlerische, politische, wirtschaftliche, rechtliche oder ideelle Aspekte. Deshalb wird der Erdteil als eigenständiger Kontinent betrachtet. Bedeutende politische Bündnisse Europas sind vor allem der Europarat und die Europäische Union. Die Eurozone besteht als größtes Währungsgebiet auf dem Kontinent.“ <https://de.wikipedia.org/wiki/Europa>. Als weiteres politische Bündnis ist die 2022 gegründete Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) zu nennen als zwischenstaatliche Organisation aus 47 europäischen und vorderasiatischen Staaten, die in den Bereichen Politik, Sicherheit, Energie, Verkehr, Investitionen, Infrastruktur und Personenverkehr zusammenarbeiten. [https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Politische_Gemeinschaft_\(2022\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Politische_Gemeinschaft_(2022))
- 6 siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/353462/snd-impulspapier-nr.-4-sicherheits-strategien-neu-denken-20.11.2023.pdf>
- 7 siehe Foreign Affairs: The talks that could have ended the war in Ukraine, Samuel Charap and Sergey Radchenko, 16.4.2024, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/406427/the-talks-that-could-have-ended-the-war-in-ukraine--foreign-affairs.pdf>
- 8 siehe dazu u.a Hans-Dieter Heumann (ehemaliger Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik BAKS): Strategische Diplomatie. Europas Chance in der multipolaren Welt, 2020, 249 S., <https://www.ernster.com/de/detail/ISBN-9783506785695/Heumann-Hans-Dieter/Strategische-Diplomatie>

1. Wie schafft Europa eine Russland einschließende europäische Konflikt- und Friedensordnung?

9 siehe die von Präsident Putin am 14.6.2024 formulierten Bedingungen für Verhandlungen: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/putin-vorschlag-friedensgespraeche-ukraine-100.html>. Die vier Regionen im Donbas hat Moskau bereits völkerrechtswidrig als „russische Republiken“ anerkannt.

Von der einst geplanten Eroberung der gesamten Ukraine ist in Moskau nicht mehr die Rede. Dazu und gar zu einer nachfolgenden dauerhaften Besatzung und Kontrolle des gesamten ukrainischen Territoriums und seiner Bevölkerung wären die russischen Streitkräfte auch nach der relativen Verbesserung ihrer Fähigkeiten seit Kriegsbeginn nicht in der Lage.

Russland versteht sich unter der Herrschaft Präsident Putins zwar erneut als kultureller Hegemon mit Großmachtambitionen – vor allem in seiner unmittelbaren Nachbarschaft: "Zu diesem Status als Großmacht in den internationalen Beziehungen gehört aus russischer Perspektive ganz automatisch eine regionale Einflusszone. Eine Zone, in der der regionale Hegemon – also die Großmacht – die Regeln setzt, in der der Hegemon, die Großmacht, in der Position ist, das Recht hat sozusagen in die Souveränitätsrechte der Nachbarstaaten einzugreifen." (Sabine Fischer, Russland-Expertin, Stiftung Wissenschaft und Politik, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/putins-aggressive-aussenpolitik-100.html>), doch Russlands hegemoniale Ambitionen beziehen sich ausschließlich auf Staaten mit einem großen Anteil russischstämmiger Bevölkerung.

10 Siehe u.a. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/cyberangriffe-china-russland-bitkom-100.html> und <https://www.faz.net/aktuell/wissen/computer-mathematik/kriminalitaet-im-internet-stammt-vor-allem-aus-russland-19644840.html>. Auch die angekündigte nochmalige Erhöhung der russischen Militärausgaben auf 130 Mrd. Euro 2025 ändert an diesen Kräfteverhältnissen nichts wesentliches. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-drohnenangriffe-jahrestag-annexion-100.html>

11 Dies gilt, so das Webportal Global Firepower Index, selbst für Szenarien, in denen die NATO lediglich 25 Prozent ihrer Kapazitäten zum Einsatz bringt, Russland aber 75 Prozent. Trotz seiner seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine verstärkten Rüstungsanstrengungen wird Russland diese deutliche Überlegenheit der NATO auch in vielen Jahren nicht ausgleichen können. Die Greenpeace-Studie „Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potenziale der Nato und Russlands“ vom November 2024 benennt folgende Zahlen:

Tabelle 2: Vergleich der einsatzbereiten militärischen Großwaffensysteme

	Kampfpanzer	Gepanzerte Fahrzeuge ⁽²⁾	Artillerie ⁽³⁾	Kampfhubschrauber	Hauptkriegsschiffe ⁽⁴⁾	U-boote	Kampfflugzeuge	Strategische Bomber
Nato Gesamt	9.011	45.619	22.145	1.301	274	143	5.406	140
<i>davon USA</i>	2.640	15.679	6.463	880	122	66	3.244	140
<i>davon Kanada</i>	74	1.118	283	0	12	4	89	
<i>davon europ. Nato⁽¹⁾</i>	6.297	28.822	15.399	421	140	73	2.073	
Russland	2.000	11.020	5.399	348	33	50	1.026	129

(Quelle: International Institute for Strategic Studies (IISS): *Military Balance 2024*. London.)

Die Studie kommt zu dem Schluss: „Die Nato ist Russland in fast allen militärischen Schlüsselparametern weit überlegen. Auch ohne USA. Selbst die europäischen Nato-Staaten für

sich genommen liegen in Militärbudget, Truppenstärke und Großwaffensystemen vor Russland.“, <https://www.greenpeace.de/frieden/kraeftevergleich-nato-russland>

Ein auf SIPRI und dem Global Firepower Index basierender „Vergleich der Militärstärke von NATO und Russland 2024“ listet folgende Zahlen auf, die auch nicht einsatzbereite Waffensysteme umfasst (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/379080/umfrage/vergleich-des-militaers-der-nato-und-russlands/>):

Vergleich der Militärstärke von NATO und Russland im Jahr 2024

	NATO	Russland
Personal		
Militärisches Personal insgesamt	7.628.782	3.570.000
aktive Soldaten	3.390.797	1.320.000
Reserve	3.440.165	2.000.000
Paramilitärische Einheiten	797.820	250.000
Luftstreitkräfte		
Luftwaffe insgesamt	22.308	4.814
Jagdflugzeuge/ Abfangjäger	3.275	809
Flugzeuge für Bodenangriffe	1.195	730
Transportflugzeuge	1.493	453
Spezialflugzeuge (z.B. Aufklärung)	4.349	552
Tankflugzeuge	655	19
Hubschrauber insgesamt	8.950	1.547
Kampfhubschrauber	1.460	559
Landstreitkräfte		
Kampfpanzer	11.390	14.777
gepanzerte Fahrzeuge	849.801	161.382
selbstfahrende Artillerie	4.637	6.208
geschleppte Artillerie	5.909	8.356
MLRS-Systeme ²	1.868	3.065
Seestreitkräfte		
Militärschiffe insgesamt	2.258	781
Flugzeugträger	16	1
Helikopterträger	13	0
Zerstörer	95	14
Fregatten	134	12
Korvetten	57	83
U-Boote	139	65
Patrouillenboote	323	122
Minenboote	151	47
Nuklearwaffen		
nukleare Sprengköpfe ¹	5.759	5.889

Zwar liegt eine Schwäche der NATO darin, dass ihre Ausgaben nicht für eine integrierte Armee und Luftwaffe stehen, sondern für zahlreiche nebeneinander organisierte Armeen und Waffensystem, deren erforderliche Koordination einiges die rein zahlenmäßige Übermacht etwas relativiert. Doch die NATO-Streitkräfte üben regelmäßig ihre gemeinsame Schlagkraft - und stehen den durch enorme Korruption ihrerseits geschwächten russischen Streitkräften konventionell überlegen gegenüber.

Russland plant ab 2025 eine Aufstockung auf 1,5 Millionen aktive Soldaten, was an diesem Kräfteverhältnis nichts wesentliches ändert, <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-montag-412.html>

Auch das Projekt „Visualisierung Militärischer Fähigkeiten“ der Friedrich Ebert Stiftung stellt die militärischen Kapazitäten und Verteidigungsfähigkeiten europäischer Staaten anschaulich und verständlich dar und kommt u.a. zum Schluss, dass Russland aktuell im qualitativen Vergleich mit den EU-Staaten in fünf von sechs dargestellten Dimensionen mit älteren, weniger kampfwertigen Systemen ausgestattet ist, https://www.erhard-eppler-kreis.de/wp-content/uploads/go-x/u/fc426fd2-a72c-4efc-bcc0-69706ed3f668/2_FES-Briefing-Militaerische-Faehigkeiten.pdf

12 siehe SIPRI-Bericht vom 22.4.24, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/sipri-militaerausgaben-waffen-100.html> sowie <https://www.greenpeace.de/frieden/kraeftevergleich-nato-russland>. Russlands erhöht 2025 seine Militärausgaben auf 130 Mrd. €, was an diesem Kräfteverhältnis nichts Wesentliches ändert, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-drohnenangriffe-jahrestag-annexion-100.html>

Zumal die Wirtschaftskraft Russlands weniger als die Hälfte der Wirtschaftskraft Deutschlands und nur ein Neuntel der Wirtschaftskraft der EU und 1/22 der Wirtschaftskraft der NATO-Mitgliedsstaaten beträgt: Das BIP Russlands betrug 2023 1.869 Mrd. Euro, das Deutschlands 4.121 Mrd. Euro und das der EU-Mitgliedsstaaten 16.970 Mrd. Euro, <https://www.laenderdaten.info/Europa/Russland/wirtschaft.php> sowie <https://www.laenderdaten.info/laendervergleich.php?country1=RUS&country2=DEU>.

Das BIP der NATO-Mitgliedsstaaten betrug 2022 40.850 Mrd. Euro, ergänzt um die neuen Mitgliedsstaaten Schweden und Finnland 41.724 Mrd. Euro, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1002057/umfrage/vergleich-des-bruttoinlandsprodukt-bip-von-nato-und-soz/>.

Zudem beruht ein wesentlicher Teil der russischen Wirtschaftskraft auf dem Export fossiler Energien und wird somit auf längere Sicht eher abnehmen als zunehmen.

13 siehe <https://www.greenpeace.de/frieden/kraeftevergleich-nato-russland>

14 siehe u.a. das vom Auswärtigen Amt unterstützte inmedio-Projekt „RUSSIAN-WESTERN BLIND SPOTS: From Dialogue on Contested Narratives to Improved Understanding“, <https://www.inmedio.de/wp-content/uploads/russian-western-blind-spots.pdf>

15 siehe Kapitel 3

2. Wie kann Europa zur Überwindung des imperialen Dominanzstrebens von Russland, China und der USA beitragen?

16 „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“, <https://unric.org/de/charta/>

17 Die USA sind allein im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak seit 2003 für über 500.000 Tote, meist Zivilist*innen, verantwortlich. Siehe u.a. <https://www.sueddeutsche.de/politik/us-studie-500-000-iraker-starben-im-irak-krieg-1.1795930>, <https://www.dw.com/de/irak-krieg-nach-der-l%C3%BCge-folgte-der-v%C3%B6lkerrechtsbruch/a-64942299>, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/kriege.html>, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4roperationen_der_Vereinigten_Staaten, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4roperationen_Russlands_und_der_Sowjetunion, <https://www.sueddeutsche.de/politik/philippinen-china-suedchinesisches-meer-konflikt-lux.EitrmmoXh8uhpnqkRBNSkN>

18 siehe <https://www.un.org/en/summit-of-the-future>

19 Diese und weitere sehr lesenswerte Beschreibungen der Dominanzpolitik der USA finden sich im Diskussionspapier „Friedenspolitik für die Welt des 21. Jahrhunderts“ der

Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“, <https://nie-wieder-krieg.org/friedenspolitik-21-jahrhundert/>

20 Zum Begriff der Imperialität: Hausteiner / Huhnholz (Hg.), Imperien verstehen. Theorien, Typen, Transformationen, Baden-Baden 2019, Nomos-Verlag, insb. den Beitrag: Ulrike Jureit, Europa als postsouveräner Raum. Über Imperialität, Großraumkonzepte und post-souveräne Herrschaft, S. 101-127

21 Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4rbasen_der_Vereinigten_Staaten_im_Ausland sowie <https://www.siper.ch/frieden/infografiken/milit%C3%A4rst%C3%BCtzpunkte-der-usa.html>, Russland betreibt im Vergleich nur 31 Militärbasen im (fast ausschließlich post-sowjetischen) Ausland, <https://www.siper.ch/frieden/infografiken/milit%C3%A4rst%C3%BCtzpunkte-von-russland.html>, China nur wenige fast ausschließlich im Bereich des Chinesischen Meeres, <https://www.siper.ch/frieden/infografiken/milit%C3%A4rst%C3%BCtzpunkte-von-china.html>

22 siehe <https://www.zeit.de/kultur/2024-11/trump-regierung-liberale-internationale-ordnung-un-wto-usa> sowie <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S27/>

23 „Als ‚France Afrique‘ wird jenes Herrschaftssystem bezeichnet, das Frankreich nach der formalen Unabhängigkeit der französischen Kolonien ab den 1950er-Jahren entwickelte, um de facto seinen Einfluss in Afrika aufrechtzuerhalten. Dafür schreckte Paris weder vor dem Einsatz von Söldnern, noch vor Bestechung oder militärischer Intervention für einzelne zugelegte Machthaber zurück.“, tagesschau.de 11.09.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/frankreich-einfluss-afrika-100.html> (aufgerufen am 15.09.2023)

Siehe auch die Kapitel 8 „Internationale Beziehungen auf Augenhöhe gestalten“ und 9 „Weltweite Versöhnung und Verständigung gestalten“ unseres Impulspapiers Nr. 4 „Sicherheitsstrategien neu denken. Gewalt stoppen und überwinden! In Israel und Palästina. In der Ukraine. Global.“ vom 20.11.2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/353462/snd-impulspapier-nr.-4-sicherheits-strategien-neu-denken-20.11.2023.pdf>

24 Wikipedia definiert Geopolitik „als Synonym für das raumbezogene, außenpolitische Agieren von Großmächten im Rahmen einer Geostrategie“ und fügt hinzu: „Sowohl in den Medien als auch in weiten Teilen der Politikwissenschaft wird der Begriff Geopolitik als Synonym für gewaltträchtige und skrupellose Machtpolitik verwendet“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Geopolitik>. Der Begriff der Geopolitik ist insofern definiert und beschreibt umgangssprachlich die Welt, wie sie ist, bestimmt durch Machtpolitik, diese wiederum geprägt von militärischer und wirtschaftlicher Stärke, von Imperialität. Also eine durchaus der Welt angemessene Beschreibung, aber eine begrenzte. Ein anderes Muster möglicher Geopolitik ist seit der ersten Haager Friedenskonferenz der Staaten von 1899 auch in der Welt. Wenn die Menschheit ihre Probleme lösen will, braucht sie jetzt den Spurwechsel, für den es bereits viele Erfolge und Ansätze gibt. Auch das ist eine realitätsgerechte Beschreibung – mit Blick nach vorne. Dazu muss man die Macht-Geopolitik verstehen und ernst nehmen. Eine gute Quelle dafür sind Autoren wie Herfried Münkler - imperialistisch in doppelter Weise: Sie verstehen etwas davon, wollen aber dabei bleiben, sind militärisch befangen im Habermas'schen Sinne.

Zur Überwindung hegemonialer und imperialer Geopolitik sind die Ergebnisse des UN- Zukunftsgipfels hinsichtlich notwendiger strukturellen Änderungen – insb. der Zusammensetzung des Sicherheitsrats - zu beachten, siehe <https://www.un.org/en/summit-of-the-future>. Atomwaffenfreie Staaten wie Brasilien, Südafrika und Indonesien könnten z.B. Vetomacht im UN-Sicherheitsrat werden.

25 Historisch haben Änderungen der Hegemonialordnung oft zu Krieg geführt. Eine Harvard-Studie hat 16 solcher Fälle in der Weltgeschichte untersucht. In zwölf davon kam es zum Krieg, darunter die beiden Weltkriege. Siehe Allison, Graham. *Destined for War: Can America and China Escape Thucydides's Trap?* Boston/New York. 2017, S. 42 ff. Aus:

Diskussionspapier „Friedenspolitik für die Welt des 21. Jahrhunderts“ der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“, <https://nie-wieder-krieg.org/friedenspolitik-21-jahrhundert/>

26 siehe auch die Kapitel 8 „Internationale Beziehungen auf Augenhöhe gestalten“, 13 „Miteinander statt gegeneinander: Gemeinsam regionale und globale Sicherheitsstrukturen ausbauen“ und 14 „Weltweit kontrolliert abrüsten“ unseres Impulspapiers Nr. 4, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/353462/snd-impulspapier-nr.-4-sicherheitsstrategien-neu-denken-20.11.2023.pdf>.

27 „Eine unabdingbare Voraussetzung für eine Deeskalation und eine konstruktive Konfliktlösung ist es, keine Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. Da die Trübung der Wahrnehmungsfähigkeit ein typisches Kennzeichen von eskalierenden Konflikten ist, dürfen die eigene Wahrnehmung und Interpretation der Ereignisse nicht absolut gesetzt werden. Vielmehr sind sie einer Überprüfung und Korrektur zu unterwerfen, um so auch die eigenen Anteile am Konflikt zu erkennen. Die Bereitschaft hierfür ist bereits ein wichtiger Schritt zur Anerkennung von Rechten der anderen Konfliktpartei.“ – siehe u.a. Landeszentrale für politische Bildung BW, Konflikte erkennen, verstehen und lösen: https://www.politikundunterricht.de/1_18/konflikte.pdf

28 siehe u.a. https://de.wikipedia.org/wiki/Gewaltfreie_Kommunikation
Innengesellschaftlich bestimmen immer mehr gewaltarme Instrumente der Konfliktbearbeitung (GfK, Mediation, Gerichte und Polizei statt Militär) unsere Kultur. Wenn in den letzten Jahren innengesellschaftlich die Gewalt auch wieder zunimmt, liegt dies nicht zuletzt an der nach wie vor eskalierenden Gewalt in internationalen Beziehungen, an denen westliche Länder durch die Ausübung jahrzehntelanger struktureller und kultureller sowie auch direkter militärischer Gewalt beteiligt sind.

3. Die Staaten zwischen der NATO und Russland werden neutral gesichert

29 Auch der seit 2013 aufgebaute Druck der EU gegenüber der Ukraine, diese müsse sich zwischen einem Beitritt zur EU oder zur Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) mit Russland entscheiden, hat die Spannungen innerhalb der Ukraine und zwischen Russland und dem Westen zusätzlich erhöht und 2014 zu einer ersten Spannungsentladung durch Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim geführt.

Der damalige Präsident der EU-Kommission, José Manuel Barroso, erklärte im Februar 2013 hinsichtlich einer möglichen Zollunion der Ukraine mit Russland, ein Land könne nicht Mitglied einer Zollunion sein und zugleich in einer weitreichenden Freihandelszone mit der EU. Die Ukraine müsse sich entscheiden, welchen Weg sie einschlagen wolle. Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine_und_die_Europäische_Union sowie <http://www.derwesten.de/politik/ukraine-will-sich-nicht-auf-eu-festlegen-id7657836.html>.

Die Ostukraine und Russland waren seit jeher ein einheitlicher Wirtschaftsraum ohne Zollgrenzen. Von daher trugen alle – wechselnden - knappen Mehrheitsentscheidungen der Ukraine für oder gegen die EU und EAWU sowie für oder gegen einen NATO-Beitritt bereits in sich einen Impuls zur zunehmenden Spaltung des Landes.

30 Materielle Sicherheitsgarantien durch Drittstaaten unter UN-Mandat müssten denen der gegenseitigen Beistandsverpflichtung der NATO-Mitgliedsstaaten gleichkommen. Siehe Anmerkung 5.

31 Dislozierung beschreibt die von einer militärischen Führung vorgenommene räumliche Verteilung von Einheiten, siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Dislozierung>

32 Der russische Präsident Wladimir Putin sieht u.a. mit Sorge, dass bei einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine US-Waffen wie Tomahawks auf dem Gebiet der Ukraine stationiert

werden könnten. Von dort aus, klagte Putin, würden sie in weniger als 35 Minuten in Moskau sein und wären so „ein Messer am Hals“, <https://www.morgenpost.de/politik/article406773504/tomahawks-auf-deutschem-boden-was-die-waffe-wirklich-kann.html>. In der Ukraine stationierte US-Hyperschallraketen würden die Vorwarnzeit zur Verteidigung von Moskau auf bis zu 4 Minuten verkürzen. Russland leidet nach wie vor unter dem Trauma, in den letzten Jahrhunderten mehrfach von westlichem Militär überrannt worden ist, siehe u.a. die Kapitel 4 und 5 unseres Impulspapiers Nr. 2 „Für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins Krieg“, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/351432/snd-impulse-fuer-eine-entschlossene-und-besonnene-reaktion-auf-putins-krieg-18.03.2022-.pdf>

33 zum Konzept der Neutralität siehe u.a. Heinz Gärtner: Zwischen den Blöcken Neutralität und Bündnisfreiheit, APuZ 2022, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/internationale-sicherheit-2022/513512/zwischen-den-bloecken/>

UN-Schutztruppen würden ihre Stärke insbesondere daraus beziehen, dass sich alle Beteiligten auf ihren Sinn, ihre Aufgabe, Funktion und die Regeln ihres Einsatzes geeinigt haben. Vor dem Hintergrund dieser Einigung brauchen UN-Schutztruppen tendenziell gar nicht militärisch bewaffnet zu sein, sondern können als eine Art Internationaler Polizei mit entsprechend auch nur polizeilicher Bewaffnung wirken, siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/veranstaltungen/fach-dialog-polizei/>. Wenn wesentliche Kontingente der UN-Schutztruppen von BRICS-Mitgliedsstaaten wie China, Südafrika, Indien und Brasilien gestellt werden, würde eine nur polizeilich bewaffnete UN-Schutztruppe auch von Russland respektiert werden.

34 Diese Befangenheit im militärischen Denken zeigt sich auch darin, dass russischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren das Asylrecht größtenteils und verfassungswidrig verweigert wird. Das militärische Prinzip obsiegt, obwohl doch jeder Überläufer vom ‚Feind‘ für die Ukraine ein Vorteil an der Front wäre, <https://de.connection-ev.org/article-4252>

35 nach Einigung könnte es wieder eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung geben

36 Eine Beendigung der Waffenhandlungen in der Ukraine eröffnet auch die Perspektive für mittel- bis langfristig wieder wachsende wirtschaftliche Verflechtungen.

4. Transatlantische Beziehungen auf Augenhöhe

37 In der deutschen Außenpolitik wird dem Begriff „Regelbasierte internationale Ordnung“ eine herausgehobene Bedeutung zugemessen. Das Auswärtige Amt versteht darunter das Zusammenspiel von UN, des Völkerrechts, der Agenda 2030, der G7, G20, der NATO, OSZE, und des Europarats: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regelbasierte-internationale-ordnung>.

Das Verständnis, was unter „Regelbasierter internationaler Ordnung“ zu verstehen ist, weicht jedoch laut wikipedia je nach Blickwinkel erheblich voneinander ab und wird von zahlreichen Staaten als Aufweichung des Völkerrechts kritisiert, da es nach dem Verständnis und der Praxis westlicher Staaten auch den Raum öffnet für militärische Optionen auch gegen das Völkerrecht: „Regelbasierte internationale Ordnung“ steht seit 2008 vor allem in Staaten der westlichen Welt als *Soft Law* (eine Bezeichnung für nicht verbindliche Übereinkünfte, Absichtserklärungen oder Leitlinien) und politischer Begriff für Konzepte teils entgegengesetzter Auffassungen und ohne klare Definition. Das Verständnis des Begriffs hängt davon ab, wer ihn verwendet; die zugrundeliegenden Regeln und ihre Entstehung sind unklar. So weichen die Bedeutungen aus Sicht der USA, Australien, Deutschland und Indien deutlich voneinander ab und decken sich nicht mit der der Vereinten Nationen. Andere Staaten lehnen diesen Begriff ganz ab und stützen sich in Abgrenzung dazu auf das Völkerrecht

als juristischem Begriff (*Hard Law*) für die überstaatliche, aus Prinzipien und Regeln bestehende etablierte Rechtsordnung.“ https://de.wikipedia.org/wiki/Regelbasierte_Ordnung, siehe auch <https://www.woz.ch/path-preview/node/92043>

38 Der damalige deutsche UN-Botschafter und 2024 amtierende Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), Christoph Heusgen, in einem sehr klaren und überzeugenden Beitrag in der anerkannten Fachzeitschrift Foreign Affairs vom 12. Mai 2022: <https://www.foreignaffairs.com/articles/germany/2022-05-12/war-ukraine-will-be-historic-turning-point>, deutsche Übersetzung: <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/396296/der-krieg-in-der-ukraine-wird-ein-historischer-wendepunkt-sein-chistoph-heusgen-foreign-affairs-12.05.2022.pdf>

39 siehe den Munic Security Brief 1/2024 „Standard Deviation - Views on Western Double Standards and the Value of International Rules“, <https://securityconference.org/en/publications/munich-security-brief/standard-deviation/main/#fn-anchor-73>

40 Den Krieg in Libyen haben die USA allerdings nicht allein zu verantworten. Auch Frankreich und Großbritannien waren am völkerrechtswidrigen Sturz des libyschen Staatschefs Gaddafi beteiligt. Zwar war die zunächst vom UN-Sicherheitsrat legitimierte und unter Führung der NATO durchgesetzte Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung Libyens rechtens, doch Frankreich, Großbritannien und die USA missbrauchten das auch von China und Russland in sie gesetzte Vertrauen durch die Nutzung dieses Militäreinsatzes für einen völkerrechtswidrigen gewaltvollen Regime-Change, der Libyen ins Chaos stürzte und der Ausgangspunkt der enormen Verbreitung von Terror bis in die Sahelzone war und ist.

41 siehe dazu u.a Hans-Dieter Heumann (ehemaliger Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik BAKS): Strategische Diplomatie. Europas Chance in der multipolaren Welt, 2020, 249 S., <https://www.ernster.com/de/detail/ISBN-9783506785695/Heumann-Hans-Dieter/Strategische-Diplomatie>

5. Im Nahen und Mittleren Osten / Westasien ist eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit etabliert

42 In der Wissenschaft setzt sich für die Region des Mittleren und Nahen Ostens zunehmend die Bezeichnung MENA (Middle East and North Africa) durch, vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/MENA-Region>. Wir verwenden aus der Sache heraus und zur allgemeinen Verständlichkeit hier die Regionsbezeichnung „Naher und Mittlerer Osten“, da er aus der Perspektive Europas zutreffend ist, auch wenn wir mit diesem Impulspapier die Eurozentriertheit Europas überwinden helfen möchten. Zu möglichen Begriffsalternativen, die jedoch regelmäßig den Norden Afrikas mit einbeziehen, siehe SWANA, WANA, MENA - Weg vom Eurozentrismus, <https://renk-magazin.de/swana-wana-mena/>

43 Nakba ist der arab. Begriff für die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser*innen 1948.

44 Letztlich ist Frieden in der Region nur durch Friedens-Akteur*innen aus der Region selbst wie den combatants for peace, <https://cfpeace.org>, Women wage peace, <https://www.women-wagepeace.org.il>, Women of the Sun, <https://womensun.org> und anderen gestaltbar. Diese bedürfen jedoch eindeutiger Unterstützung aus dem Ausland.

45 So formuliert ein ARD-Kommentar vom 25. Oktober 2023: „Durch eine hochgerüstete Armee, durch immer mehr Abschottung und Überwachung gibt es nicht mehr Sicherheit für Israel. Das ist die Lehre des furchtbaren Terrors vom 7. Oktober.“, <https://www.tageschau.de/kommentar/gaza-hamas-kommentar-100.html>

46 Gideon Levy von der israelischen Tageszeitung Haaretz hat dies im Tagesthemen-Interview am 7.11.2023 so ausgedrückt: Eine Perspektive für die Zukunft gebe es nur, „wenn die internationale Gemeinschaft sich an Israel und an die Palästinenser wendet, um zu sagen

‚Genug ist genug. Jetzt ist es Zeit für eine Lösung.‘ Man braucht etwas, was grundlegend gerecht auch für die Palästinenser ist. Sonst werden wir niemals sicher sein“, <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1269928.html> (aufger. am 12.11.2023)

47 Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) diente während des Ost-West-Konflikts als Forum der Vertrauensbildung zwischen den verfeindeten Staaten des West- und des Ostblocks. Die erste einer ganzen Reihe von Konferenzen wurde 1973 eröffnet und 1975 mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki beendet. Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa

48 siehe auch weiterführende Impulse zu einer KSZMNO bei Mohssen Massarrat: Historische Chance für eine Persischer-Golf-KSZ-Initiative, 2020, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/351430/kszmno-neustart2020.historische-chance.mm201211.pdf> sowie IPPNW und IALANA: Basisdokument Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO), 2007, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/351429/kszmno-kurzfassung.pdf>

49 siehe <https://www.wmd-free.me> sowie ein Interview mit den Gründern der Middle East Treaty Organization aus dem Jahr 2020, <https://www.pressenza.com/de/2020/11/interview-mit-den-gruendern-der-middle-east-treaty-organization/>

50 siehe <https://www.wmd-free.me/home/draft-treaty/>

6. Europas Beiträge ermöglichen eine versöhnte Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten

51 Die willkürliche Festlegung afrikanischer Grenzen durch die Kolonialmächte auf der Berliner Konferenz 1884-1885 berücksichtigte nicht die ethnischen Realitäten. Dies war zum Teil die Ursache für die tiefen Brüche und Krisen, die der Kontinent erlebte.

Es ist zudem notwendig darauf hinzuweisen, was die Sklaverei an Demütigungen hervorgebracht hat. Die schwerste Demütigung ist die, die Frauen erlitten: Auf Befehl wurden einige gezwungen, in ihren Exkrementen (Stuhlgang, Urin und Menstruation) zu baden, und auf Befehl wurden einige gereinigt und für sexuelle Dienstleistungen zum Gouverneur gebracht, bevor sie an die Gruppe gekettet und von ihren Kindern getrennt wurden. Das Phänomen hatte die afrikanischen Königreiche geschwächt; was einige Jahre später die koloniale Eroberung erleichterte. Kolonisierung - auch koloniale Expansion oder territoriale Expansion genannt (üblicherweise nach einer Phase der territorialen Eroberung) - ist die Besetzung eines Raumes, eines fremden Landes, dessen Kultivierung zur Ausbeutung seiner natürlichen und menschlichen Ressourcen und die Einsetzung von Siedlern. Die Kolonisierung nahm je nach Kolonisator und Kolonisiertem sehr unterschiedliche Formen an. In der Praxis handelt es sich um einen Prozess der Anpassung und Ausbeutung außereuropäischer Gebiete und Völker durch europäische Mächte. Diese kolonialistischen Sehnsüchte Europas manifestierten sich um die Wende um 1880 auf faktische Weise.

52 siehe Anmerkung 6 - diese u.a. auch als France Afrique bekannte Form der Herrschaft und des Einflusses ermöglichte es den Kolonialmächten auch lange nach dem Ende der Kolonialzeit weiterhin afrikanische Regierungen und Territorien direkt zu kontrollieren, mit allem, was dies in Bezug auf die Ausbeutung und Plünderung afrikanischer Ressourcen mit sich brachte.

53 Tsafirir Cohen, Geschäftsführer von medico international im medico Rundschreiben 3/2022: <https://www.medico.de/blog/was-schon-heiner-mueller-wusste-18787>. Unsere entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Ländern Afrikas hat dort natürlich auch Entwicklung ermöglicht, jedoch nicht in der Qualität der Armutsreduzierung und Wohlstandserhöhung, wie wir sie in China sehen.

54 siehe <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/>

55 U.a. die durch die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in Südafrika erreichte Versöhnung kann hier Leitschnur sein. Unsere afrikanischen Partner*innen Marie-Noelle Koyara und Sylvain Koffi formulieren hierzu: „Auf welcher Seite man auch steht - auf der Afrikas, das gelitten hat und immer noch leidet, oder auf der Seite Europas - die notwendige und schwierige Arbeit der Versöhnung muss beginnen. Diese Arbeit muss mit uns selbst und mit den Nachkommen der Sklavenhändler und Kolonisten verwirklicht werden.

Angesichts dieser Situation, die sich negativ auf die Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten auswirkt, haben die Regierungen einiger dieser ehemaligen Kolonialmächte die Frage der Aussöhnung mit einigen afrikanischen Ländern erörtert. Diese Initiativen, die noch zaghaft sind, erfordern die Mobilisierung von Partnern mit einer anderen und avantgardistischen Vision. Wir zitieren unter anderem:

- Restitution von Artefakten: Viele afrikanische Länder fordern die Rückgabe von Kulturgütern, die während der Kolonialisierung entwendet wurden. Diese Bewegung ist ein starkes Symbol für die Anerkennung vergangenen Unrechts.
- Bildung und Bewusstsein: Bildungsprogramme in Europa zur Kolonialgeschichte und ihren Auswirkungen sind unerlässlich, um die Wahrnehmung zu verändern und einen bereicherten Dialog zu fördern.
- Wirtschaftspartnerschaften: Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage fairer Bedingungen, wie z. B. Freihandelsabkommen und Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung, ist ein Weg, um fairere Beziehungen aufzubauen.
Ganz zu schweigen davon, dass am 21. Mai 2001 in Frankreich das Gesetz erlassen wurde, das den Sklavenhandel und die koloniale Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennt. Tatsache ist, dass diese Anerkennung voll und vollständig werden und Initiativen unterstützen muss, die es ermöglichen, Ressentiments im Hinblick auf eine vollständige Versöhnung zu überwinden.

Trotz dieser Initiativen, die lobenswert sind, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es immer noch Herausforderungen gibt, die es zu bewältigen gilt:

- Strukturelle Ungleichheiten: Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten, die von der Kolonialisierung geerbt wurden, wirken sich nach wie vor auf die Beziehungen zu Europa aus. Afrika wird nach wie vor nicht als Entwicklungspartner, sondern als Kolonie und Hinterhof betrachtet.
- Politischer Diskurs : Einige politische Reden europäischer Staats- und Regierungschefs schüren weiterhin Stereotype über Afrika und erschweren den Versöhnungsprozess.
- Geopolitische Konflikte : Internationale Rivalitäten, insbesondere zwischen Großmächten, behindern die Versöhnungsbemühungen und -initiativen erheblich.

Für die Zukunft Afrikas und Europas müssen wir uns auf einen Ansatz einlassen, der auf einem aufrichtigen, offenen und ehrlichen Dialog beruht, der es ermöglicht, dass jede der Parteien respektiert und angehört wird. Afrika wird wie Europa daran arbeiten müssen, Beziehungen aufzubauen, die auf gegenseitigem Vertrauen, Respekt und Fairness beruhen, die notwendige und unverzichtbare Elemente für eine wahrhaftige, konsolidierte und dauerhafte Aussöhnung sind.

Versöhnung erfordert immer die Suche nach der Wahrheit, die unerlässlich ist, wenn der Prozess nicht blockiert werden soll. Das Ziel ist jedoch nicht, herauszufinden, was passiert ist, um sich auf die Vergangenheit zu konzentrieren, sondern vielmehr zu verstehen, um zu erkennen, wie man gemeinsam in die Zukunft blicken kann. Mit anderen Worten, die Frage, die man sich stellen sollte, ist nicht einfach "Was ist passiert? Sondern vielmehr: "Wie werden wir mit dem, was passiert ist, weitermachen?" Im Lichte historischer Fakten kann in der

Tat eine Neubewertung der gemeinsamen Vergangenheit innerhalb einer gegebenen Gesellschaft stattfinden. Die Versöhnung, die hier angestrebt wird, muss vor ideologischer und politischer Konkurrenz und dem ungezügelt Streben nach Macht geschützt werden, das eine der gemeinsamen Ursachen für den Zusammenbruch der Systeme der Verständigung und des Friedens ist.

Europa muss einen loyalen Beitrag zur Förderung der so wenig bekannten afrikanischen Geschichte und zum Verständnis ihrer Komplexität leisten. All dies ist unerlässlich, damit Afrika seinen rechtmäßigen Platz in der Globalisierung einnehmen kann. Kurz gesagt, die Aussöhnung zwischen Europa und Afrika ist ein komplexer und mehrdimensionaler Prozess, der Zeit, gemeinsame Anstrengungen und den aufrichtigen Willen erfordert, die Wunden der Vergangenheit zu überwinden.“

Weitergehende Aspekte einer fairen Partnerschaft zwischen den afrikanischen und europäischen Staaten sind bereits auf S. 43 ff unter dem Titel „Der UN-Entwicklungsplan mit Afrika und dem Nahen Osten“ in unserem Szenario „Sicherheit neu denken“ von 2018 benannt, https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/261672/d---friedensszenario_2021_auf1-3_lang_komplett.pdf. Auch das VENRO-Papier „Für eine faire Partnerschaft zwischen Afrika und Europa“ widmet sich diesem Thema: <https://venro.org/publikationen/detail/fuer-eine-faire-partnerschaft-zwischen-afrika-und-europa>.

7. Europa kooperiert fair und menschenrechtskritisch mit China

56 <https://www.bmz.de/de/laender/china> (zuletzt aufgerufen am 24.09.24)

57 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/china-node/bilateral/200472>

Siehe auch die China-Strategie der Bundesregierung <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf> (zuletzt aufgerufen am 24.09.24) Die Bezeichnung „systemischer Rivale“ umschließt, pseudo-systemisch konstruiert, (ver)birgt und verbindet zwei Aspekte, die besser getrennt behandelt würden: die Innenpolitik, bezüglich der es klare Kritik insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen geben muss, und die Außen- und Militärpolitik, bezüglich der ‚Rivalität‘ an der Militärlogik festhält, die durch friedenslogische konstruktive Konfliktlösung und Rüstungsbegrenzung ersetzt werden sollte.

58 China spricht bisher ausschließlich von seinem Interesse, mit den USA und dem Westen international gleichberechtigt und auf Augenhöhe agieren zu wollen. Die Annahme, sowohl Russland wie China würden weltweit mit eigenem imperialem Interesse jeglichen bei einem Rückzug der USA freiwerdenden Raum militärisch besetzen und ihrerseits langfristig den Westen dominieren und unterdrücken wollen, birgt die Gefahr der Projektion und entbehrt bisher jeglicher faktischen Grundlage.

Militärisch agiert China bisher ausschließlich im Bereich des Chinesischen Meeres aggressiv – und missachtet dort auch Entscheidungen internationaler Gerichte. Das gilt es klar zu kritisieren. Doch es ist möglich, dass China sich global mit der Rolle eines gleichberechtigten Partners und wirtschaftlichen Konkurrenten des Westens zufriedengibt und nicht seinerseits – wie bisher der Westen – eine weltweite Dominanz über den Westen anstrebt.

Die Volksrepublik soll nach dem Willen der Regierung in Peking zu ihrem 100. Jahrestag im Jahr 2049 soll nach dem Willen der Regierung in Peking China zu einer globalen Supermacht im Bereich der industriellen Fertigung und der innovativen Forschung und Entwicklung (F&E) aufsteigen (siehe u.a. <https://merics.org/de/externe-publikation/chinas-streben-nach-dominanz-globalen-zuliefer-und-wertschoepfungsketten>) und verfolgt mit ihrer 2013 ausgerufenen Belt and Road Initiative eine globale wirtschaftliche Expansionsstrategie, wie wir sie bisher nur von der westlichen Staatengemeinschaft kannten (siehe u.a.

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/internationale-sicherheitspolitik-353/517310/china-eine-weltpolitische-herausforderung>).

Doch die Rückkehr zur Größe vergangener Dynastien, die Chinas Staats- und Parteichef dem chinesischen Volk seit seinem Amtsantritt 2012 verspricht, soll in erster Linie den von den Chinesen als „Jahrhundert der Schande“ empfundenen Zeitraum eigener wirtschaftlicher, militärischer und politischer Unterdrückung Chinas durch die Staaten des Westens beenden (siehe u.a. <https://www.dw.com/de/xi-jinping-und-der-chinesische-traum/a-43545156>).

59 Diadochenkampf bezeichnet den Kampf von Heerführern um die Macht, die unmittelbar nach dem Tod Alexanders des Großen in Griechenland um die Macht stritten, <https://de.wikipedia.org/wiki/Diadochen>

60 siehe <https://unric.org/de/charta/>

61 siehe <https://www.international-climate-initiative.com/projekt/chinesisch-deutsche-kooperation-zu-klimawandel-klimapartnerschaft-20-i-421-chn-g-klimapartnerschaft-phase-4/> sowie das Germanwatch-Positionspapier „Realistische China-Klima-Politik - Empfehlungen für eine strategische Neuausrichtung in geopolitisch angespannten Zeiten“, www.germanwatch.org/de/87952

62 ... unter Zuhilfenahme der Spieltheorie, Stichwort „tit for tat“ - https://www.spektrum.de/lexikon/neurowissenschaft/tit-for-tat/12995?gad_source=5&gclid=EAlaIQobChMlv5TQmub-WiAMVI2RBAh3pDQZeEAAYASAAEqJGofD_BwE

63 Nur dann werden wir dem u.a. in der deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie formulierten Anspruch gerecht: „Die Bundesregierung wird ihre globalen Partnerschaften gezielt ausbauen, um bessere und nachhaltige Angebote machen zu können. Hierbei strebt sie faire, respektvolle und langfristige Zusammenarbeit unter souveränen und gleichberechtigten Partnern an.“, Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023, S. 42

64 siehe Alice Ekman, European Union Institute for Security Studies: China's Global Security Initiative. When the process matters more than the content, 2023.

8. BRICS-Staaten werden Europas Partner

65 siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/BRICS> (aufgerufen am 11.9.2024)

66 tagesschau.de vom 24.08.23: „Ziel der Allianz ist es, ein Gegengewicht zur geopolitischen und wirtschaftlichen Dominanz des Westens zu bilden. Auch ihre Abhängigkeit vom US-Dollar als globale Leitwährung möchten die BRICS-Länder reduzieren.“, <https://www.tagesschau.de/ausland/af-rika/brics-staaten-erweiterung-100.html> sowie <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/guterres-brics-gipfel-100.html> (aufgerufen am 27.8.2023).

So vereinbarten Brasilien und China im März 2023, den Handel in den jeweiligen Landeswährungen abzuwickeln, dem chinesischen RMB-Yuan und dem brasilianischen Real. Dieses gegenseitige Verfahren wenden ebenfalls China und Russland an.

Siehe auch Herbert Wulf, Kampfansage an den Westen. Die BRICS-Staaten zielen auf ein Ende der bestehenden Weltordnung, in: IPG-Journal 12.6.2023, www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/kampfansage-an-den-westen-6766/?utm_campaign=de_40_20230613&utm_medium=email&utm_source=newsletter (aufgerufen am 21.7.2023) mit u.a. folgenden Aussagen: „Wladimir Putins Mantra gegen eine unipolare Welt, in der die USA das Sagen haben, wird im globalen Süden weitgehend geteilt. Für sie ist die Zeit des ‚globalen Polizisten‘ vorbei. Hinzu kommen Erinnerungen an die Kolonialzeit, unter denen viele Länder des globalen Südens bis heute leiden. Sie fühlen sich auch heute noch häufig bevormundet“.

67 aus: Herbert Wulf: Kampfansage an den Westen, in: IPG, 12.06.2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336715/kampfansage-an-den-westen-12.06.2023-ipg.pdf>

68 dito, siehe auch u.a. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China: US Hegemony and its Perils, 20 February 2023, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220_11027664.html (aufgerufen am 27.7.2023)

69 Herbert Wulf: Kampfansage an den Westen, in: IPG, 12.06.2023, <https://www.sicherheit-neudenken.de/media/download/variant/336715/kampfansage-an-den-westen-12.06.2023-ipg.pdf>

70 siehe https://www.bmj.de/DE/themen/menschenrechte/vereinte_nationen/cat/CAT_node.html

71 Nur dann werden wir dem in der NSS formulierten Anspruch gerecht: „Die Bundesregierung wird ihre globalen Partnerschaften gezielt ausbauen, um bessere und nachhaltige Angebote machen zu können. Hierbei strebt sie faire, respektvolle und langfristige Zusammenarbeit unter souveränen und gleichberechtigten Partnern an.“, Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023, S. 42

72 siehe *Sicherheit neu denken: Zielperspektive Internationale Polizei und Realisierungsperspektive*, 2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/307926/zielperspektive-ip-be-cker-et-al.-2022.pdf>, in: Dirk-M. Harmsen, Stefan Maaß, Horst Scheffler, Theodor Ziegler (Hg.): Weltinnenpolitik und Internationale Polizei. Neues Denken in der Friedens- und Sicherheitspolitik, 2023, 233 Seiten, <https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/literatur-sprach-und-kulturwissenschaften/interdisziplinaere-geisteswissenschaft/57967/weltinnenpolitik-und-internationale-polizei>

73 tagesschau.de: Scholz im EU-Parlament. "Europa trägt globale Verantwortung", <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336640/scholz-im-eu-parlament-partnerschaften-auf-augenhoehe-2023.pdf>

74 siehe UN: The Pact for the Future, September 2024, <https://www.un.org/en/summit-of-the-future>

9. Die fünf Säulen Ziviler Europäischer Geopolitik

75 Zum Begriff der ökologischen Sicherheit siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/405004/basic-working-paper-warsaw-september-2024.pdf>

76 siehe <https://peacelab.blog/2021/02/global-abruersten-um-das-klima-zu-schuetzen>

Allein Deutschlands Militär hat im Jahr 2019 circa 4,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente ausgestoßen - und damit wesentlich mehr als der innerdeutsche Flugverkehr mit 2,5 Millionen Tonnen. Auch die weitere weltweite Aufrüstung treibt die Klimakrise an. Laut der Studie Climate Crossfire haben die NATO-Staaten im Jahr 2021 allein durch ihre Armeen und deren Infrastruktur fast 200 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen produziert. Das ist mehr als ein Viertel dessen, was ganz Deutschland 2022 insgesamt an Treibhausgasen ausgestoßen hat, siehe <https://www.tagesschau.de/investigativ/rbb/klimaziele-bundeswehr-co2-emissionen-101.html>, Angelika Claußen: Klimakiller Krieg, IPG 13.07.2022, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/klimakiller-krieg-6068> sowie https://www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/NATOs_Climate_Crossfire.pdf und Susanne Götze: Zwei-Prozent-Ziel der Nato gefährdet wohl weltweite Klimaziele, Der Spiegel, 10.10.2023, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/nato-zwei-prozent-ziel-gefaehrdet-wohl-welt-weite-klimaziele-a-ed3b9a93-59c6-4e0d-b063-bc15a4f9508d>

77 siehe <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/klimaabkommen-von-paris-14602>

78 siehe u.a. <https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/wildnis-artensterben-100.html>

sowie <https://www.umweltdachverband.at/themen/naturschutz/biodiversitaet/eu-biodiversitaetsstrategie-2030/>

79 siehe <https://www.un.org/en/summit-of-the-future>

80 zur Bedeutung Ökologischer Sicherheit siehe u.a. auch die Kapitel 5 „Die weltweite Herausforderung Nr. 1 fokussieren: Die Klimakrise“ und 6 „Nationale und Planetare Grenzen achten“ unseres Impulspapiers Nr. 4 vom November 2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/353462/snd-impulspapier-nr.-4-sicherheits-strategien-neudenken-20.11.2023.pdf>

81 siehe u.a. das Kapitel 7 unseres Impulspapiers Nr. 4, dito

82 siehe <https://earth4all.life/wp-content/uploads/2024/10/Earth4All-Deutschland - digital.pdf> sowie Dirk Messner: Wohlstand in planetaren Grenzen, Dezember 2024, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/dezember/wohlstand-in-planetaren-grenzen>

83 siehe den Beschluss des G20-Gipfels in Brasilien 2024 „Superreiche sollen wirksamer besteuert werden“, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/g20-abschlusserklaerung-100.html>

84 siehe <https://www.un.org/en/summit-of-the-future>

85 siehe <https://ipb.org/common-security-in-the-indo-pacific-region/>

86 siehe <https://menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de/menschenrechte/politische-buergerliche-rechte>

87 siehe das Kapitel 14 unseres Impulspapiers Nr. 4 vom November 2023 „Kooperation ermöglicht weltweite kontrollierte Abrüstung“, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/353462/snd-impulspapier-nr.-4-sicherheits-strategien-neudenken-20.11.2023.pdf>

88 siehe unser im November 2022 erschienenes Buch "Weltinnenpolitik und Internationale Polizei", <https://www.sicherheitneudenken.de/veranstaltungen/fach-dialog-polizei/>

10. Szenario-Meilensteine europäischen Friedensstiftens bis 2040

89 siehe <https://at.scientists4future.org/2023/05/15/co2-stiefelabdruck-des-militars/> sowie <https://ceobs.org/national-climate-action-plans-must-include-military-emissions/>

90 siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/international/>

91 siehe <https://eplo.org/>

92 Die Berücksichtigung unterschiedlicher Sicherheitsinteressen im Sinn des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit knüpft an jahrzehntelange Bemühungen u.a. der Kirchen, von Willy Brandt, Ehrhard Eppler, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl und Michail Sergejewitsch Gorbatschow an, die über die KZSE-Konferenzen 1995 zur Gründung der OSZE führten. Wesentliche Vorarbeit für dieses Konzept leistete die Palme-Kommission für Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit mit ihrem der UN-Sondervollversammlung 1982 vorgelegten Bericht, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Sicherheit. Der Common Security Report 2022 des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Internationalen Friedensbüros (IPB) und Olof Palme International Centers aktualisierte dieses Konzept, <https://neue-entspannungspolitik.berlin/2022-bericht-der-internationalen-kommission-fuer-gemeinsame-sicherheit/>

93 Immer mehr Staaten treten dem Atomwaffenverbotsvertrag bei. Die USA und Russland, die mehr als 90% aller Atomwaffen besitzen, beginnen mit wirksamen Verhandlungen zu nuklearer Risikoreduktion und nuklearer Abrüstung. Davon ausgehend beteiligen sich auch die weiteren Atomwaffenstaaten wie China an den Abrüstungsverhandlungen.

Die Initiative „Sicherheit neu denken“ engagiert sich unter dem Dach des europäischen friedenskirchlichen Netzwerks Church and Peace für eine nachhaltige Zivile Sicherheitspolitik. Sie wird in Deutschland und Europa u.a. von folgenden Organisationen und Netzwerken unterstützt:

